

Arbeiten bis 62

Feuerwehr und Polizei wehren sich

14.12.2009 - aktualisiert: 15.12.2009 12:07 Uhr



Foto: Kraufmann



Zürich Trip zu gewinnen

Die Deutsche Bahn und Zürich
Tourismus verlosen ein erstklassiges
Wochenende in Zürich
[Klicken und gewinnen...](#)



Clever investieren

Sie wissen nicht, warum
Discountzertifikate sinnvoll sind?
Lassen Sie sich hier aufklären.
[Jetzt informieren](#)



Risikoschutz

Das rechnet sich

Risikoschutz der Hannoversche
Leben: 100.000 Euro Schutz für nur
4,30 Euro mtl.
[Vertrauen Sie dem Testsieger!](#)

adcloud

Stuttgart - Wenn alle Menschen künftig bis 67 Jahre arbeiten, sollen Feuerwehr, Polizei und Justiz nach dem Willen des Landes nicht mehr bis 60, sondern bis 62 arbeiten. Dagegen erhebt sich nun aber Protest.

Arbeitszeit-Rabatt für ältere Polizisten und Feuerwehrleute?

###

"Wir sind sehr irritiert über das Vorhaben der Landesregierung", sagte der Chef des Landesfeuerwehrverbandes, Frank Knödler, am Montag unserer Zeitung. Er reagierte damit auf den Plan der CDU-FDP-Koalition, im Zuge der sogenannten Dienstrechtsreform die Sonderaltersgrenze von Polizei, Justizvollzug und Berufsfeuerwehr ab dem Jahr 2011, spätestens ab 2012 von 60 auf 62 Jahre anzuheben. Es sei einem "60-Jährigen nicht mehr zuzumuten, mit vollem Atemschutz stundenlang einen Brand zu bekämpfen", sagte Knödler und sprach von einer "extrem hohen Belastung". Derzeit verfügen die acht Berufsfeuerwehren im Land über rund 1250 Mitglieder, laut Knödler "sind über 90 Prozent" von ihnen in Einsatztruppen gebunden.

Der Landesfeuerwehrverband appellierte deshalb an die Landesregierung, ein Stufenmodell zu ermöglichen, wonach ältere Feuerwehrleute ihre Arbeitszeit reduzieren dürfen. Das schlägt auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor. Landeschef Rüdiger Seidenspinner sagte: "Wenn wir schon bis 62 arbeiten sollen, dann verlangen wir Ausgleichsmaßnahmen. Ansonsten ist das Konzept mit uns nicht umzusetzen." Als Möglichkeiten nannte der GdP-Landesvorsitzende eine schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit für jene Polizisten, die im Schichtdienst arbeiten. "Die Polizisten, die tagaus, tagein auch nachts auf Streife sind, haben einen ähnlich anstrengenden Dienst wie die Leute bei der Feuerwehr", betonte Seidenspinner.

Die CDU-FDP-Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) berät am heutigen Dienstag über die Eckpunkte der lange umstrittenen Dienstrechtsreform. Volker Stich, Landesvorsitzender des Beamtenbundes, brachte deshalb am Montag einen Kompromissvorschlag in die Diskussion ein. Seine Idee: Feuerwehrleute und Polizisten, die 15 Jahre im Einsatz waren, ein Jahr früher in Pension lassen; und wer 25 Jahre im Dienst war, dem könnten zwei Jahre der Lebensarbeitszeit erlassen werden.

Frank Krause

Lesermeinungen

16.12.2009 09:06

Autor: **Brigitte Schmidt**

Welchen Beruf übten diese Menschen eigentlich aus, bevor sie Politiker wurden ? Ich tippe auf PausencLOWN im Zirkus. Ich möchte nicht im oberen Stockwerk eines brennenden Hauses stehen und darauf warten, dass mich ein 62-jähriger Feuerwehrmann retten soll, der schon 40 Jahre Knochenjob geleistet hat.

So etwas ist unverantwortlich gegenüber denen, die gerettet werden müssen und denjenigen, die Retten zu Ihrem Beruf gemacht haben. Es ist wie immer, diejenigen, die entscheiden, haben keine Ahnung von was sie eigentlich sprechen.

16.12.2009 05:22

Autor: **Wolfgang Scheu**

Warum sollte das, was für die rentenversicherungspflichtige Bevölkerung längstens gilt - die um 2 Jahre längere Lebensarbeitszeit, nicht auch für Polizei und Feuerwehr gelten? Auch Industrie und Handwerk bieten Beschäftigungen, die alles andere als "altengerecht" sind. Als es um die Rente ab 67 ging, stand der Dachdecker als Synonym für körperlich besonders hart arbeitende Berufsgruppen. Er wurde damals nicht besonders gewürdigt und somit stellt sich die Frage ob es dann nicht nur gerecht und angemessen ist wenn auch Polizei und Feuerwehr zwei Jahre mehr aufgebrummt bekommen? Ich finde, wenn dem Dachdecker hier keine Gerechtigkeit widerfahren ist, so ist dies kein Grund dafür, dies bei den beiden Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes ebenfalls nicht zu tun. Nur weil der Dienstherr klamm ist handelt er jetzt nach dem Motto: Was geht mich mein Geschwätz von gestern an? Will er die bestehende Sonderaltersgrenze, die sicherlich der Härte der Dienste geschuldet ist, nicht nachträglich als reines Privileg bzw. als Luxus definieren, der angesichts leerer Kassen zu opfern ist, so muss er sich schon fragen lassen womit er seinen Vorstoß begründet. Haben sich die beruflichen Randbedingungen etwa derart geändert, dass die Lebensarbeitszeit der Betroffenen verlängert, und dass somit im Gegenzug deren Gesundheitsschutz gekürzt werden kann?

Es ist sicherlich mathematisch richtig, dass die Rentenberechnung, die allerdings schon ob der demoskopischen Entwicklung eine Illusion ist zusätzlich in Schieflage gerät, wenn mit steigender Lebenserwartung nicht auch die Beitragszahlungsfrist verlängert wird. Was bei der Rentenbemessung bis dato aber weitestgehend ausgeklammert wurde ist der Nachweis, dass die Bevölkerung mit zunehmendem Alter auch länger gesund und leistungsfähig bleibt. Schon heute scheiden nicht wenige Menschen aus dem Erwerbsleben aus, weil sie vor Erreichen des Renten- oder Pensionsalters physisch und/oder psychisch erkrankt sind. Tendenz steigend! Angesichts dessen ist es zu begrüßen wenn mit dem Beispiel Polizei und Feuerwehr nun zwangsläufig noch einmal der Aspekt des körperlichen Verschleiß im Berufsleben auf den Tisch kommt. Der Dachdecker wird davon allerdings eher nicht profitieren. Er wird wie viele andere am Ende gegebenenfalls aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Rente gehen und dafür eine Kürzung seiner Altersbezüge hinnehmen müssen.

15.12.2009 22:57

Autor: **S. Reder**

Herr Häberle hat Recht, wenn er auf die Belastung der Feuerwehrleute hinweist. Ein Arbeitsmediziner hat mal einen eindrucklichen Vergleich genannt: Wer wissen möchte, was von einem Feuerwehrmann verlangt wird, der gehe im Pelzmantel in die Sauna und hacke dort 45 Minuten lang Holz.

Herr Hiller nennt einen Punkt, der durchaus berechtigt ist: Nicht mehr einsatzdiensttaugliche Mitarbeiter sollten, wenn möglich, in den Innendienst versetzt werden. Doch genau das ist nicht möglich. Die Innendienststellen liegen bei den Feuerwehren zwischen 5 bis 10 % und verringern sich dank der bereits durchgeführten Sparbemühungen stetig weiter. Gleichzeitig nimmt die Belastung der Einsatzbeamten ständig zu. So rücken heute weniger Feuerwehrleute pro Löschzug aus, in den Fahrzeugen sind nicht einmal mehr alle Fensterplätze besetzt! Baden-Württemberg ist beim Sparen mal wieder weit vorn: Rücken heute in München noch 19 Beamte pro Löschzug aus, sind es in Stuttgart nur noch 12.

[Weitere Meinungen lesen](#)